



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 180. Ratssitzung vom 5. Januar 2022

4798. 2020/46

**Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 29.01.2020:**

**Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle im Bereich der familienergänzenden Betreuung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

***Roger-Paul Speck (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2178/2020): Es geht hier um die Schaffung einer Ombudsstelle. Zur familienergänzenden Betreuung zählen Kitas, aber auch Tagesfamilien. Heute gibt es etwa 340 Kitas, davon sind fast 300 privat, also nicht öffentlich, geführt. Es gibt insgesamt 12 000 Betreuungsplätze, davon werden etwa 40 Prozent subventioniert. Die Stadt gibt dafür über 92 Millionen Franken aus. Vor über einem Jahr lasen wir in alarmierenden Zeitungsberichten in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ), in der Wochenzeitung (WOZ) und in der Republik über Missstände in Kitas. Auch wer Kontakt zu Personal von Kitas hat, hört immer wieder, was alles nicht gut läuft. So ist ein Grossteil des Personals aus Kostengründen nicht richtig ausgebildet. In keiner anderen Branche würden wir eine solche Tatsache akzeptieren. Von verschiedenen Seiten hört man von stressigen Situationen im Betriebsalltag. Deshalb denken wir, dass es für Eltern und das Personal eine neutrale Stelle braucht, wo Missstände gemeldet und Sorgen deponiert werden können. Bei Missständen ist es oft schwierig, diese in guter Art und Weise mit der eigenen Chefin oder der Besitzerin zu lösen oder zu verhandeln. Man hat vielleicht Angst um seinen Arbeitsplatz oder die Eltern sind auf den Betreuungsplatz angewiesen und können deshalb die Missstände nicht so gut benennen. Es braucht eine unabhängige Stelle, bei der Eltern und Angestellte auf Probleme hinweisen können. Eine Ombudsstelle kann die Beteiligten an einen Tisch bringen. Ziel soll sein, dass die Ombudsstelle vermitteln, etwas in Gang setzen und sich einmischen kann. Das kann die Stadt nicht allein mit der Kitaaufsicht machen. Die Ombudsstelle ist nur ein Puzzleteil im Kindeswohl, dem Wohl der Eltern und der Angestellten und schlussendlich eines Betriebs. Weil wir es mit einem kostbaren und verletzlichen Gut zu tun haben – nämlich mit Babys und Kindern – kann der Markt mit seiner unsichtbaren Hand das nicht einfach regeln. Es braucht Regelungen, Vorschriften und Gesetze, aber auch ein weicheres Element wie eine Ombudsstelle ist hier von Vorteil.*

***Samuel Balsiger (SVP)** begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 4. März 2020 gestellten Ablehnungsantrag: Roger-Paul Speck (SP) sagte eben, es brauche Regeln, damit das System richtig funktionieren kann. Genau diese staatlichen Regeln führen aber dazu, dass angeblich so schlimme Missstände bei den Kitas vorherrschen. Es braucht also nicht noch mehr staatliche Regeln, sondern eine Liberalisierung, damit sich das beste Angebot durchsetzen kann und Eltern auswählen*



*können, in welche Kita sie ihr Kind geben möchten. Kitas mit einem schlechten Angebot bleiben dann leer und Kitas mit einem guten Angebot werden viele Kunden haben. Dann funktioniert auch das Geschäft. Es bringt nichts, in ein faules System mit angeblich prekären Missständen und Betrieben, von denen 75 Prozent konkursgefährdet sind, weiter Geld reinzustecken. Ein staatlich dominiertes System, das die Betriebe so weit in die falsche Richtung führt, dass angeblich 75 Prozent der Betriebe konkursgefährdet sind, braucht keine staatliche Stelle zur Überwachung. Es braucht eine Liberalisierung, eine Öffnung und ein Wettbewerb, damit sich Eltern, die ihre Kinder in die Kita geben müssen oder wollen, die beste Kita aussuchen können. Die Eltern wären somit die Ombudsstelle – sie achten garantiert darauf, wo sie ihre Kinder hinschicken. Wenn die Eltern eine Auswahl haben, schicken sie ihre Kinder dorthin, wo sie am besten aufgehoben sind. Mit dem Einfluss der Eltern haben wir eine gute Ombudsstelle. Wir unterstützen kein faules System mit einer staatlichen Aufsicht, die am Ende nichts bringt, weil sie an der Grundstruktur nichts ändern will.*

Weitere Wortmeldungen:

**Dominique Zygmunt (FDP):** *Bei der Vorstellung des Postulats wurde gesagt, dass es bereits viele Regelungen und Gesetze gibt und es nun zusätzlich einen soften Faktor brauche, der die Probleme über eine Mediatorrolle lösen kann. Dafür habe ich sehr viel Sympathie. Wir müssen uns aber fragen, ob das Postulat und der damit verbundene Vorschlag das hier beschriebene Problem lösen kann. Wir haben heute bereits gehört, dass sich der Kita-Markt komplett verändert hat. Heutzutage können Eltern aussuchen, wo sie ihr Kind in die Kita geben. Die Kitas reissen sich um die Kinder, weil im Moment das Angebot grösser als die Nachfrage ist. Das ist ein politisch wünschenswerter Zustand. Andererseits hörten wir auch, dass Eltern miteinander reden, welche Kita gut ist und wo die Betreuung stimmt und wo eben nicht. Auch das sichert die Qualität der Kitas. Sie machen nun mit der Schaffung einer neuen staatlichen Ombudsstelle einen Vorschlag, um den Missständen begegnen zu können. Wir befinden uns aber in einem anderen Markt und in einer ganz anderen Situation. Als Eltern sind Sie Kundin oder Kunde der Kita. Bei Problemen können Sie sich vor Ort beschweren und haben alle Möglichkeiten, die Ihnen auch in anderen privatrechtlichen Vertragsverhältnissen zur Verfügung stehen. Suchen Sie Lösungen und vertrauen Sie nicht auf den Staat, dass er für Sie alle Probleme löst. Wenn Sie keine Lösung finden, gibt es genug andere Kitas, die Ihr Kind mit Handkuss nehmen. Eine Ombudsstelle ist nicht dazu da, jedes privatrechtliche wirtschaftliche Verhältnis zu regeln, sondern um das Verhältnis zwischen Staat und Bürgerin und Bürger zu betrachten. Dieses Verhältnis ist hier auf keinen Fall gegeben und deshalb sind wir der Meinung, dass das Postulat zu weit geht, keine Wirkung entfaltet, unnütz ist und deshalb abgelehnt werden sollte.*

**Claudia Rabelbauer (EVP):** *Wir lehnen das Postulat ab, weil wir nicht den Eindruck haben, dass es das Postulat in diesem Bereich braucht. Kitas sind privat, die Eltern schliessen einen privaten Vertrag mit der Kita ab, der gekündigt werden kann, wenn man nicht zufrieden ist. Man kann mit den Kitas reden und es gibt Elternanlässe und Elterngespräche. Es gibt also sehr viele Möglichkeiten, wie die Eltern die Kitas erleben und Rückmeldungen geben können. In unserer Kita machen wir ausserdem regelmässig*



*Elternumfragen, bei denen wir ihre Anregungen und Wünsche abholen. Die Eltern können sich sehr gut einbringen. Wenn es wirklich Probleme gibt und beispielsweise Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter Probleme mit der Kitaleitung oder der Trägerschaft haben, haben sie die Möglichkeit, sich über die Krippenaufsicht zu beschweren. Das ist sehr effizient, weil die Krippenaufsicht den Auftrag hat, der Beschwerde nachzugehen und das Gespräch zu suchen. Es gibt ausserdem den Verband kibesuisse, an den sich Mitarbeiter wenden sowie Mediationen und Coachings in Anspruch nehmen können. Die Ausbildung in den Kitas unterteilt sich wie folgt: Es gibt den/die Fachmann/-frau Betreuung EFZ – das ist die dreijährige Grundausbildung. Weiter gibt es das eidgenössische Berufssattest EBA – das ist eine zweijährige Anlehre und dann gibt es in der Schweiz noch die Praktische Ausbildung PrA. Ich bilde selbst eine «PrA» aus und zahle ihr keinen Lohn, weil sie von der IV unterstützt wird. Diese Person kann bei uns im Betrieb eine Grundausbildung absolvieren und ist am Ende eine Praxisfrau Hauswirtschaft in der Kinderbetreuung und hat damit einen Kompetenznachweis, den sie auf dem Arbeitsmarkt vorzeigen kann. Eine Praktische Ausbildung absolvieren meistens Menschen mit einer kognitiven oder körperlichen Beeinträchtigung. Diese Personen geniessen bei uns in den Kitas eine Grundausbildung. Wir leisten hier einen enormen Beitrag. Auch gegen die Praktika wird immer wieder gewettert. Ich kann Ihnen aber sagen, dass es sich bei den Praktikantinnen und Praktikanten teilweise um junge Frauen und Männer handelt, bei denen viele Grundkompetenzen wie Pünktlichkeit oder eine gewisse Konstanz in der Leistung fehlen. Ein Praktikum kann für diese Personen ein erster Schritt in den Berufsalltag sein. In meinen Augen ist es viel wichtiger, dass diese Leute auch weiterhin «gecoacht» werden und Unterstützung erhalten. Ein Praktikumslohn von 950 bis 1200 Franken ist für die jungen Menschen nicht matchentscheidend. Es ist viel entscheidender, dass sie sich persönlich weiterentwickeln können. Viele junge Menschen haben kein starkes Elternhaus und bekommen nicht so viel auf ihren Weg mit. Sehr viele Kitas leisten einen enorm hohen Beitrag, um diese Leute ein wenig fit für die harte Arbeitswelt zu machen. Klar bin ich auch der Meinung, dass gute Leute unbedingt eine Lehre in der Kita absolvieren können müssen und es kein Missverhältnis zwischen Praktikanten und freistehenden Lehrstellen geben darf. Es sollte sich um ein 1:1-Verhältnis handeln. Ich möchte aber betonen, dass die Kitas auch hier einen enormen Beitrag zur Integration, Förderung und Entwicklung vieler Menschen leisten. Sie stehen mit dieser Aufgabe aber teilweise etwas alleine da. Hier sollte der Staat einlenken und die Kitas besser unterstützen. Die Ombudsstelle braucht es an dieser Stelle aber nicht.*

**Selina Walgis (Grüne):** *Eltern bekommen nicht alles mit, was in einer Kita abläuft. Ich bin mir sicher, dass oft ganz vieles gut läuft. Wenn aber etwas nicht gut läuft, bekommen die Eltern das nicht automatisch mit. Dass der Markt eben nicht alles regelt, konnte man auch in den Medien lesen. Es kommt zu unschönen Fällen und ungunstigen Situationen – in erster Linie für die Kinder, aber eben auch für die Erziehungsberechtigten und die Arbeitnehmenden. Deshalb muss sich im Sinne des Wohles des Kindes etwas ändern. Das muss auf verschiedenste Weise geschehen. Wir sprachen bereits über den Gesamtarbeitsvertrag, der eine wichtige Massnahme wäre. Eine weitere Option ist die im Postulat erwähnte Ombudsstelle. Wir bitten Sie, das Postulat zu unterstützen, weil es wichtig ist, dass auch die Angestellten einen Ort haben, wo sie sich melden können, wenn sie auf etwas aufmerksam machen möchten.*



4 / 4

Das Postulat wird mit 53 gegen 48 Stimmen (bei 9 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat